



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/216 - 19. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 16 31-33

Fernschreiber 0 686 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Umrüstungsfrage und Wehrdienstzeit	S. 1
Der Ratschlag des "Daily Telegraph"	S. 2 a
Die andere Seite der Suezpolitik (Bericht aus Grossbritannien)	S. 3
Gefahren der Atmosphäre	S. 5
Die Kriegsschinden und das Bundesverteidigungsministerium	S. 8

Erstaunlicher Wandel

FR. Der Wechsel, der sich im Regierungslager bei der Beurteilung der Umrüstungsfrage und der Wehrdienstzeit vollzogen hat, ist bemerkenswert, ja erstaunlich.

Noch vor kurzem dominierte ganz eindeutig die Auffassung, anderthalb Jahre Ausbildungszeit für die Bundeswehr seien das Mindeste. Und in der Umrüstungsfrage hatte der Bundeskanzler in "Bulletin" vom 21.8. ganz hart jedes Zugeständnis an eine neue strategische Konzeption abgelehnt. Herr von Eckardt war aus den Vereinigten Staaten mit dem Bescheid zurückgekommen, für die Bundeswehr seien sogar zwei Jahre notwendig und im gleichen Sinne hatte sich ein Gutachten von vier ehemaligen Generalen mit Herrn von Manstein an der Spitze geäußert, das auf Ansuchen der Regierung zustande gekommen war. Im Mai hatte der Verteidigungsminister im Bundestag bei der Begründung des Wehrpflichtgesetzes 18 Monate Grundwehrdienst als unerlässlich bezeichnet, der Vorsitzende des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Oberst a.D. Berendsen, hatte im Namen seiner Freunde diese Forderung sich zu eigen gemacht.

Nun hört man es seit einigen Tagen ganz anders. Unwidersprochen blieben Meldungen über ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundestagspräsidenten, in dem nicht nur Mißstände beim Aufbau der Bundeswehr, sondern auch grundsätzliche Planungsfragen ausführlich besprochen worden seien und an dessen Ende ein sehr verstärktes Verständnis - 2 -

Adenauers gegenüber den Forderungen einer moderneren Strategie gestanden habe. Wenige Tage später wurde dann bekannt, die Regierung werde von sich aus dem Parlament eine Dienstzeit von einem Jahr vorschlagen. Es lagen plötzlich Äusserungen der gleichen Tendenz von vielen Seiten vor, von denen man es zuvor nicht vermutet hatte, etwa von den Mitgliedern des engsten Führungsgremiums der CDU Arnold und von Hassel, um nur diese beiden Namen zu nennen. Lange vor allen seinen politischen Freunden hatte nur der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Jäger, sich für zwölf Monate eingesetzt.

Jetzt hat die CSU in corpore nachgezogen, und Strauss, der Atomminister, hat dazu Erläuterungen gegeben, deren moderne und realistische Grundzüge zu begrüßen sind. Die CSU fordert danach heute in wesentlichen:

- 1.) Zwölf Monate Dienstzeit, wobei die Entschliessung nicht einmal die von Jäger vorgeschlagenen 18 Monate für technische Einheiten nennt;
- 2.) Aufstellung eines Verteidigungsprogramms durch die Regierung, das die neueste Entwicklung in Bezug auf eine Umrüstung berücksichtigt;
- 3.) Einschaltung der Bundesregierung in beratender Form in alle Verhandlungen über die Probleme dieser Umrüstung;
- 4.) Keine Übereilung bei der Aufstellung der Truppe, um damit verbundene mögliche Mißstände zu vermeiden und keine vorläufigen Materialinvestitionen angesichts der rasanten technischen Waffenentwicklung;
5. Verstärkte Sicherheitgarantie durch die Atom-Mächte, da die Bundesregierung über keine atomaren Waffen verfügt.

Aber dieser Einsichten, von denen einige durchaus nicht nur bei der CSU sich durchgesetzt haben, sondern auch in weiteren Kreisen der CDU erheblich an Boden gewonnen haben, wird man nicht ganz froh. Zu nahe liegt die Vermutung, hier wirke sich weniger eine bessere und wirklich dauerhafte Erkenntnis dessen, was notwendig ist, aus, als das allmähliche Herannahen des Termins für die nächsten Bundestagswahlen. Allzu erstaunlich und plötzlich ist der Wandel, wenn man bedenkt, mit welchem hartnäckigen Eifer bis vor kurzen auf der Seite der Regierung und ihrer Parteien Argumente zusammengetragen worden sind, die nachweisen sollten, wie unmöglich, ja geradezu verbrecherisch leichtfertig es sei, an eine Wehrdienstzeit von weniger als 18 Monaten oder an ein Eingehen auf gewandelte strategische Grundauffassungen zu denken.

Vielleicht wird man in den nächsten Monaten noch manchen anderen unerwarteten Auffassungswandel in Fragen feststellen können, in denen die Regierungsmeinung offenkundig zu einer vermutlich erheblichen Mehrheit der Bevölkerung in Gegensatz steht. Dann wird man an diesen Zusammenhang denken müssen.

Anmassend

ler. Der britische konservative "Daily Telegraph" gab der Bundesrepublik in anmassendem Ton den Rat, sich an den finanziellen Sanktionen gegen Ägypten zu beteiligen, wenn sie sich die weitere Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten in der Frage der Wiedervereinigung sichern wolle. Diese unverhüllte Drohung ist besonders aufschlussreich, da sie am Vorabend der zweiten Londoner Suez-Konferenz ausgesprochen wurde. Im gleichen Artikel heisst es in Zusammenhang mit der Einladung des Obersten Sowjets an den Bundestag, "Westdeutschland solle begreifen, dass in der Zeit einer grossen Krise im Nahen Osten neue bilaterale Verhandlungen zwischen Moskau und Bonn über Deutschland - oder etwas, was ihnen nahekommt, ausserordentlich unbesonnen wären."

Was der "Daily Telegraph" verlangt und mit Drohungen untermauert, ist dies: Die Bundesrepublik soll bedingungslos dem britisch-französischen Kurs im Suez-Konflikt folgen und bei dem wichtigsten deutschen Anliegen, der Wiedervereinigung, auf jede eigene Initiative verzichten. In dem einen Fall übersieht dieses massgebende konservative Organ, dass für die Bundesrepublik absolut kein Anlass besteht, Partei zu ergreifen und im anderen Fall hängt ja eine Wiedervereinigung auch vom russischen Einverständnis ab, sie liegt nicht allein im Ermessen der Westmächte.

Offensichtlich ist der "Daily Telegraph" nicht fähig, diese einfachen Zusammenhänge zu erkennen, weil er von der - irrtümlichen - Annahme ausgeht, die Identität zwischen den Interessen des deutschen Volkes und den Westmächten müsse sich auf alle Gebiete erstrecken. Das deutsche Interesse verlangt gerade im Suez-Konflikt äusserste Zurückhaltung. Eine Beteiligung an Sanktionen gegen Ägypten würde nicht nur der deutschen Wirtschaft unübersehbaren Schaden zufügen, sie würde auch bei den afrikanisch-asiatischen Staaten den Kurswert Bankows steigern und die Bundesrepublik in diesem Teil der Erde diskreditieren. Das mag den "Daily Telegraph" nicht sonderlich bekümmern. Für die Bundesrepublik aber sollte die Haltung der skandinavischen Länder im Suez-Konflikt Beispiel sein. Sie hüten sich, Grossbritannien und Frankreich auf Wegen zu folgen, die sie für verdammt halten.

Das Sprachrohr der Eden-Regierung ist ein glühender Verteidiger der Pariser Verträge, die unter anderem auch die Verpflichtung der Westmächte für die deutsche Wiedervereinigung festlegen. Als diese Verträge ratifiziert wurden, herrschte noch Ruhe um den Suez-Kanal, und kein westlicher Politiker dachte daran, die Erfüllung dieser Zusage von westdeutscher Teilnahme an Weltwährungen abhängig zu machen. Dies blieb dem "Daily Telegraph" vorbehalten. Er hat damit, sicherlich ungewollt, der deutschen Öffentlichkeit klargemacht, welche fragwürdigen Wert die in den Pariser Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Westalliierten in der deutschen Frage besitzen.

Neue Steuern und amerikanische Dollarhilfe in aussicht

E.A., London

Nach acht Wochen Suezkrise präsentiert sich dem englischen Volke die Rechnung für die intransigente Haltung der Edenregierung. Ein Herbstbudget mit erhöhten Steuern erscheint unumgänglich. Die britische Wirtschaft fühlt die Folgen der Suezkrise, am deutlichsten zunächst Schwäche des Pfund Sterling, Handelserschwerungen und die Kosten der militärischen Vorbereitungen. Wie hoch die Einzelposten der Suezrechnung sind, weiss mit einiger Sicherheit nur der Schatzkanzler. Mr. Harold Macmillan wird am 20. September nach Amerika fliegen. Der offizielle Anlass ist eine der üblichen Sitzungen der Weltbank. Das ihn treibende Motiv, selbst die Reise über den Atlantik zu machen, besteht in dem Wunsch, amerikanische Hilfe zu mobilisieren. John Forster Dulles hat die Idee, einen Verband der Suezkanalnutzer zu bilden und somit den Plan der Internationalisierung, der gegen Nasser's Widerstand nur mit Waffengewalt hätte verwirklicht werden können, stillschweigend in die Versenkung verschwinden zu lassen, dem britischen Premier damit schmackhaft gemacht, dass er weitgehende amerikanische Hilfe in Öl, Schiffen und Dollars versprach. Schatzkanzler Macmillan geht, um sich über den Umfang der versprochenen Hilfe zu vergewissern - und seine eigene Finanzpolitik danach auszurichten.

Nach Washingtoner Quellen soll die amerikanische Regierung bereit sein, 500 Millionen Dollar für die westeuropäische Wirtschaft bereitzustellen, um ihr über die Suezschwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Anstatt Nasser mit Bomben und Granaten zu bekriegen, will man ihn nun durch mit Dollar finanzierten Wirtschaftsanalysen zur Vernunft bringen. Eine Suezexpedition hätte ein "Blitzkrieg" sein können - dessen Folgen allerdings niemand mit Sicherheit voraussagen konnte. Nun wird es ein langes Ringen mit wirtschaftlichem Druck geben. Anstelle ihren Weg durch den Suezkanal zu schaffen, werden die Schiffe der Westmächte die sichere, aber längere und teure Route um das Kap der guten Hoffnung nehmen. Von dieser Woche an haben bereits die englischen Schiffahrtslinien nach dem Fernen Osten ihre Frachtsätze um fünfzehn Prozent erhöht, um sich gegen Verzögerungen durch den Kanal und - 4 -

den Umweg über das Kap zu decken.

Höhere Frachtsätze bedeuten Preiserhöhungen für Lebensmittel und Güter, die aus den Ländern östlich des Suezkanals kommen. In ein bis zwei Monaten werden sie sich fühlbar machen. Der Preis für Treibstoff und Brennöl wird sich um etwa ein bis anderhalb Pfennig pro Liter verteuern.

Andererseits werden die britischen Exportgüter, vor allem nach Indien und Australien teurer werden. Zu einer Zeit scharfer internationaler Konkurrenz ist das für das Ausfuhrland unangenehm. Umgekehrt werden die grossen Entwicklungspläne, wie sie die indische Wirtschaft durchführt, erheblich erschwert.

Butlers Stern wieder im Steigen

Von den ökonomischen Gesichtspunkten aus ist es leicht zu verstehen warum Schatzkanzler Macmillan innerhalb der Konservativen Partei den extremen rechten Flügel in der Suezpolitik unterstützte. Die Aussicht auf einen langen Wirtschaftskrieg mit Ägypten anstelle einer kurzen kriegerischen Expedition hat dem Schatzkanzler die schwersten Besorgnisse eingeflösst. Er muss sich nun in den nächsten Wochen entscheiden, ob er die Rechnung der Suezkrise in einem Notstandsbudget der Nation präsentieren soll. Neue Steuern, wahrscheinlich eine unvermeidliche Erhöhung der Einkommensteuern, scheinen notwendig zu werden, um die neue Preisinflation zu bekämpfen und die Kosten der Suezkrise zu bezahlen.

Allerdings wird Mr. Macmillan mit allen nur möglichen Winkelzügen sich um ein Notstandsbudget zu drücken versuchen. Krisenbudgets sind gefährliche Dinge, wie er nur zu wohl weiss. Vor einem Jahr stürzte sein Vorgänger Butler über eine solche unbeliebte Massnahme, auf seinen Schultern zog Macmillan ins Schatzamt ein. Aber nun ist Er. Butlers Stern wieder im Steigen begriffen. Er war es, der in der konservativen Partei gegen das Säbelrasseln und für eine Lösung durch das Anrufen der Vereinten Nationen eintrat. Als es im "1922-Komitee" zu einer Auseinandersetzung zwischen dem rechten und linken Flügel der Konservativen Partei über Suez kam, schloss sich bemerkenswerter Weise Sir Anthony Eden im letzten Augenblick dem Butlerflügel an, der für Mässigung sprach.

Edens plötzliche Wendung erfolgte unter dreifachem Druck: dem der amerikanischen Politik, dem des gemässigten Flügels der Konservativen und schliesslich dem Druck der öffentlichen Meinung, die kein kriegerisches Abenteuer wegen des Suezkanals hinnahm.

Radioaktive Verseuchung nicht gebannt

Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB.

Seit Jahren bereits sind die Menschen in Unruhe über die möglichen Gefahren, die ihnen aus der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre und der Niederschläge drohen. Diese Unruhe wird nicht nur durch sensationelle Pressemeldungen hervorgerufen, sondern auch durch einander widersprechende Äusserungen namhafter Wissenschaftler. Die Verlautbarungen des Bundesministeriums für Atomfragen sind ebenfalls nicht dazu angetan, der deutschen Bevölkerung ein grösseres Gefühl der Sicherheit zu geben. Der erste wesentliche Beitrag hierzu wäre eine objektive und sachlich wohlfundierte Unterrichtung, soweit das nach dem augenblicklichen Stand der Forschung überhaupt möglich ist. Die Voraussetzung dafür ist jedoch eine unabhängige Kommission sachverständiger Naturwissenschaftler und Mediziner. Eine Kommission, deren Mitglieder allein durch die Regierung ausgewählt und ernannt werden, ist nicht unabhängig. Aus diesem Grunde ist die Deutsche Atomkommission - das soll kein Vorwurf für ihre Mitglieder sein - keine unabhängige Kommission. Sie ist nicht mehr als ein wissenschaftlicher Beirat des Atomministeriums. Bedenklich ist vor allem die Zusammensetzung, denn von den 25 Mitgliedern sind allein elf Vertreter der Industrie, denen nur zwei Gewerkschaftsvertreter gegenüberstehen. Eine objektive und richtige Unterrichtung der Bevölkerung ist bei den heiklen Problemen der Strahlungsgefährdung, gleichgültig ob es sich um die Auswirkungen der Atomwaffenversuche oder der friedlichen Nutzung der Kernenergie handelt, nur dann möglich, wenn die Kommission an keinerlei Weisungen gebunden ist.

"Ebenso unklar wie leichtfertig"

An einem aktuellen Beispiel sei demonstriert, wie unbefriedigend die Bevölkerung durch die Bundesregierung unterrichtet wird. Ende Juni brachten einige CDU-Abgeordnete im Bundestag eine kleine Anfrage ein, die Auskunft über mögliche Zusammenhänge zwischen Atomwaffenversuchen und Wetter verlangte. In der Antwort des Atomministers vom 20. 7. 1956 heisst es u.a. "Die Energie einer einzigen Gewitterwolke ist bereits um das Vielfache grösser als die einer explodierenden Atombombe." Diese Behauptung nennt Prof. Dr. Weickmann, der langjährige Präsident des Deutschen Wetterdienstes, "ebenso unklar wie leichtfertig". In der Antwort des Ministers wird ein Zusammenhang zwischen H-Bomben-Explosionen und Wetter, soweit es sich um überregionale Auswirkungen handelt, verneint, wobei auf Erörterungen des wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Wetterdienstes im Dezember 1954 hingewiesen wird. Prof. Weickmann sagt dazu: "Die Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Wetterdienstes, dem ich selbst angehöre, schliesst den Einfluss einer H-Bomben-Explosion auf das Wetter nicht aus. Sie besagt nur, dass ein solcher Einfluss über die regionale Auswirkung hinaus "nicht bekannt geworden" ist, dass aber durchaus die Gefahr besteht, dass radioaktive Zerfallsprodukte in hoher Konzentration bei geeigneten Wetterlagen Tausende von Kilometern weit verfrachtet werden." Nach dem gleichen Autor lässt sich die Energie einer Explosion nicht ohne weiteres mit der Gesamtenergie eines grossräumigen Wetter-

vorgangs vergleichen, aber er gibt folgendes zu bedenken: "Schon der Schall der menschlichen Stimme kann bekanntlich eine Lawine zur Auslösung bringen. Wenn also in der Atmosphäre labile Zustände vorhanden sind, können sie durch eine Atomexplosion zum Zusammensturz gebracht werden."

Das Beispiel zeigt wohl einrädriglich, wie ungeklärt auf diesem Gebiet die Probleme sind. Darüber können auch die Aussprüche des einen oder anderen hervorragenden Kernphysikers nicht hinwegtäuschen - sie wollen das auch sicherlich nicht - hier hilft nur eine Diskussion von Sachverständigen der verschiedensten wissenschaftlichen Fachgebiete weiter, vorausgesetzt, dass sie über ausreichende Beobachtungen verfügen. Wir können nur feststellen, dass die Gelehrten sich noch lange nicht einig sind, und dass die die Explosionen durchführenden Mächte bei weitem nicht alles sagen und veröffentlichen, was sie vielleicht wissen. Um so wichtiger ist eine unabhängige Kommission von Sachverständigen aus allen infrage kommenden wissenschaftlichen Disziplinen. Falls sie unabhängig ist, wird sie auch Dinge aussprechen können, die eventuell nicht in eine bestimmte aussenpolitische Konzeption passen.

Die Frage der Erbschädigung

Schlimmer als ein verregneter Sommer, gleichgültig welches nun die Ursachen sein mögen, sind jedoch die Gefahren der Strahlen radioaktiver Substanzen. Es sind ja nicht nur die sich ständig mehrenden Atomexplosionen, auch die friedliche Nutzung der Atomenergie ist voller Gefahren, wenn nicht schärfste Kontrollmassnahmen durchgeführt werden. Auch hier sind die Gelehrten nicht einer Meinung. Beschwichtigungen solcher russischer und amerikanischer Wissenschaftler, die nicht völlig frei von ihren Regierungen sind, erwecken nicht das notwendige Vertrauen. Die Vorgänge um den amerikanischen Gelehrten Müller in Genf haben gezeigt, dass die Mächtigen auf beiden Seiten nicht immer die volle Wahrheit der Weltöffentlichkeit mitteilen wollen, vor allem, wenn dadurch die Weltöffentlichkeit noch stärker gegen die Atomwaffenversuche mobilisiert würde. Die Bombenversuche sind deshalb so verwerflich, weil wir noch gar nicht überblicken können, welche Hypothek wir dadurch unseren Nachkommen hinterlassen. Über die drohenden Gefahren sei eine Quelle zitiert, die nicht verdächtig ist, der SPD nahezustehen. Die Zeitschrift "Die Atomwirtschaft" vom August 1956 berichtet von dem in Frankfurt stattgefundenen "Symposium über die Grundlagen des Strahlenschutzes", an dem über 200 Biologen, Mediziner und Erbforscher teilgenommen haben:

"Die Konferenz hat vor allem in der Frage der Erbschädigung einen einheitlichen Standpunkt ergeben. Es wurde festgestellt, dass es keine Schwellendosis gibt, dass eine irreversible (d.h. nicht rückgängig zu machende) Summierung der die Keimorgane treffenden Strahlungen eintritt und dass mit einer bereits eingetretenen Verdoppelung erbverändernder Reize zu rechnen ist. Aber auch im nicht-genetischen Bereich können geringe Dosen zu unübersichtbaren Auswirkungen führen und infolge somatischer Mutationen auch Summierungen stattfinden. Prof. Rajewsky, der Leiter des Instituts - zugleich Präsident der Deutschen Röntzengesellschaft - vertrat die Auffassung, dass es auch im Physiologischen keine Toleranzdosis gäbe. Im Hinblick auf die Akkumulierung der Radioaktivität, ganz gleichgültig von welcher Strahlenquelle sie hersteamt, muss die Situation als ernst angesehen werden."

Prof. Weickmann hat recht, wenn er sagt: "Die ganze Frage bedarf sorgfältiger wissenschaftlicher Behandlung. Mit blossen kategorischen pro und contra ist nichts gewonnen." Wir fügen in aller Bescheiden-

heit hinzu, dass auch durch Presse-, Rundfunk- und Fernsehinterviews nichts gewonnen wird. Parlament und Regierung müssen dafür sorgen, dass die Bevölkerung die ungeschminkte Wahrheit erfährt, soweit das nach dem derzeitigen Stand der Forschung möglich ist. Vor allem muss die Forschung auf den Gebieten der Genetik und des Strahlenschutzes Vorrang erhalten.

Unabhängig davon müssen wir - und der Münchner Parteitag hat das mit aller Deutlichkeit ausgesprochen - unermüdlich die Forderung erheben: Schluss mit den Atomwaffenversuchen in Ost und West!

Enerlässliche Strahlenschutzverordnung

Auf den Erlass einer Strahlenschutzverordnung wartet die deutsche Bevölkerung seit Jahren vergeblich. Aus dem Bundesministerium hört man nur, dass die Zahl der Referententwürfe laufend grösser wird. Eine solche Strahlenschutzverordnung ist dringend erforderlich, da bereits seit langem die Verwendung radioaktiver Isotope in der Bundesrepublik ansteigt. Dem Erlass einer solchen Verordnung standen auch keine alliierten Gesetze entgegen.

Ebenso müssen wir der Bundesregierung den Vorwurf machen, dass in ihrem Atomprogramm für das Haushaltsjahr 1956/57 die für den Strahlenschutz vorgesehenen Mittel sehr bescheiden sind. Für die Entwicklung von Schutzmassnahmen für die Bevölkerung (einschliesslich Baustoffen, Schutzkleidung, Messinstrumenten) sollen rund 225 000 DM bereitgestellt werden, also 0,5 % der für das Atomprogramm vorgesehenen Mittel.

Alle diese Gründe haben die sozialdemokratische Bundestagsfraktion veranlasst, am 6. Juli 1956 folgende Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu richten:

Forderungen der SPD

"Die deutsche Öffentlichkeit ist durch die widersprechenden Aussagen von Naturwissenschaftlern und Medizinern über die radioaktive Verseuchung der Atmosphäre, der Niederschläge und der Erdoberfläche beunruhigt. Wir fragen die Bundesregierung: Ist sie bereit,

1. eine unabhängige Kommission von Naturwissenschaftlern und Medizinern zu bilden und diese mit der Aufgabe zu betrauen, für die deutsche Öffentlichkeit einen Bericht über die tatsächliche Lage und die medizinische und biologische Gefährdung der Bevölkerung zu erarbeiten,
2. unverzüglich dem Bundestagsausschuss für Atomfragen Vorschläge über personelle Zusammensetzung der Kommission, Aufgabenstellung im einzelnen sowie Zeitplan von Untersuchung und Berichtserstattung zu unterbreiten,
3. dieser Kommission alle Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie zur Durchführung ihrer Aufgabe - gegebenenfalls auch für notwendige Forschungsarbeiten - bedarf?"

Eine Antwort der Regierung auf diese Kleine Anfrage lag am 15.9.56 noch nicht vor. Am 13.9.56 hat sich zwar die Fachkommission Strahlenschutz bei der Deutschen Atomkommission konstituiert, aber wir meinen, dass weder die Atomkommission noch ihre Fachkommissionen in dem Masse unabhängig sind, wie das im Interesse der Sache und der Bevölkerung notwendig ist.

Sorgen der kriegsblinden Handwerker

sp. Bewegte Klagen über das Bundesverteidigungsministerium wurden dieser Tage auf einer Tagung der Geschäftsführer der Arbeitsfürsorgeeinrichtungen des Bundes der Kriegsblinden in Würzburg geführt. Es gibt etwa anderthalbtausend kriegsblinde Handwerker. Nun sollte man meinen, dass die Bundeswehr eine besondere Treueverpflichtung zu den blindgeschossenen Soldaten zweier Weltkriege hat. Dem ist aber nicht so.

So berichtet "Der Kriegsblinde", Zeitschrift für Verständigung und Verständnis, es sei bisher noch nicht möglich gewesen, vom Bundesverteidigungsministerium Bürsten- und Mattenaufträge zu erhalten, da sich die angesprochenen Beamten immer wieder als "unzuständig" erklären. Die Zeitschrift erinnert daran, dass es für die Wehrmachtsstellen in der Weimarer Republik eine glatte Selbstverständlichkeit war, den blinden Soldaten zu einem durch Arbeit erfülltem Dasein zu verhelfen. Offenbar mangelt es den betreffenden Stellen an dem notwendigen Verständnis. Die anderthalbtausend kriegsblinden Handwerker sind vielfach arbeitslos oder allenfalls halbtags beschäftigt. Ihr Können kann sich wohl mit anderen messen. Die Kataloge der Arbeitsfürsorgeeinrichtungen weisen 120 - 180 verschiedene Artikel von nachweisbar vorzüglicher Qualität auf, ob es sich nun um Bürsten oder um Spezialanfertigungen anderer Art handelt.

Hoffentlich finden die Sorgen und Klagen der kriegsblinden Handwerker bei den Stellen, auf die es ankommt, die entsprechende Beachtung. Gerade das Bundesverteidigungsministerium sollte sich hier großzügig und entgegenkommend erweisen, handelt es sich hier doch um eine Gruppe von Menschen, die nicht als Bittsteller kommen, sondern einen wohl begründeten Anspruch auf besondere Berücksichtigung haben. Wer sollte es den kriegsblinden Handwerker, den die im Rahmen des Rassenetzes wahrhaft bescheidene Zuteilung von Bürsten- und Mattenaufträgen verweigert wird, verlangen, wenn er sich dann als Ausgestossener fühlt?

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau